



**Landkreis  
Rotenburg**  
(Wümme) | Der Landrat

## **Niederschrift**

über die  
**9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und  
Planung**  
am 28.11.2023  
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

### **Teilnehmer:**

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Jürgen Blanken  
Abg. Henning Cordes  
Abg. Elisabeth Dembowski  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Harald Hauschild  
Abg. Marvin Heinrich  
Abg. Stefan Imbusch  
Abg. Marco Körner  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Bernd Sievert  
Abg. Reinhard Trau  
Abg. Marsha Weseloh  
Abg. Christian Winsemann

Vertretung für Abg. Franziska Kettenburg  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
Vertretung für Abg. Reinhard Lindenberg  
Vertretung für Abg. Christian Winsemann

#### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Reinhold Becker  
Frau Dr. Christiane Looks  
Herr Reinhard Schraa  
Herr Claus Vollmer

#### **Verwaltung**

Landrat Marco Prietz  
Herr Dr. Torsten Lühring (Dez. I)  
Herr Rainer Meyer (Amt 80)  
Herr Christoph Schlamming (Amt 66)  
Herr Holger Firmenich (Amt 66)  
Herr Christoph Kundler (Amt 68)  
Frau Sara Burmester (Amt 68)  
Frau Friederike Meyer (Amt 68)  
Frau Lisa Reisnauer (Amt 68)  
Frau Wiebke Dollenbacher (Amt 68)

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung vom 29.08.2023
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes „Tarmstedt“ für den Wasserverband Bremervörde  
Vorlage: 2021-26/0567
- 6 Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2021-26/0578
- 7 Förderanträge im Bereich Arten- und Biotopschutz  
Vorlage: 2021-26/0575
- 8 Haushaltsplan 2024  
Vorlage: 2021-26/0566
- 9 Anfragen

### b) nichtöffentlicher Teil

- 10 Berichte und Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Ausschussvorsitzender Hauschild** eröffnet um 14:35 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 5 „Verordnung über das Naturschutzgebiet Elmer Berg und Ostwiesen“ sowie 6 „Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Granstedter Wald“ werden einstimmig auf die nächste Sitzung des Umweltausschusses vertagt. Die Tagesordnung wird in geänderter Fassung einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung vom 29.08.2023**

---

Es gibt keinerlei Anmerkungen zur Niederschrift über die 8. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung, **Ausschussvorsitzender Hauschild** lässt daher sofort abstimmen.

**Beschluss:**

Die Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung vom 28.09.2023 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Landrat Prietz** stellt Frau Burmester als neue Abteilungsleiterin Wasserwirtschaft im Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau vor. Im Anschluss skizziert **Frau Burmester** kurz ihren Werdegang und ihre Motivation für die Übernahme der Abteilungsleitung.

**Landrat Prietz** berichtet weiterhin über die folgenden Punkte:

**Standortsuchverfahren für eine Deponie der Klasse I (Bauschuttdeponie)**

Am 25.09.2023 hat es ein erstes Treffen mit den an einem Suchverfahren interessierten Landkreisen Cuxhaven, Harburg und Stade gegeben. Dabei ist deutlich geworden, dass in den Landkreisen keine verlässlichen Daten zum gesamten Massenaufkommen und zur künftigen Massentwicklung an Bauschutt vorhanden sind. Daher haben wir uns zunächst mit einer entsprechenden Anfrage an das Niedersächsische Umweltministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU) gewandt, um den Bedarf für eine Deponie im Zeitraum von 30-50 Jahren ermitteln zu können. Eine Antwort des MU liegt noch nicht vor. In einem nächsten Treffen sollen die Modalitäten für das gemeinsame Standortsuchverfahren festgelegt werden. Es ist beabsichtigt, ein Fachbüro mit der Durchführung des Verfahrens zu beauftragen.

**Klageverfahren bezüglich des Abbaugebietes Klenkendorf Nord-Ost in der Gemeinde Gnarrenburg**

Das Verwaltungsgericht Stade hat aufgrund einer Nachbarklage am 23.08.2023 entschieden, dass die im Jahre 2018 verlängerte Genehmigung des Landkreises aufgrund eines formellen Fehlers rechtswidrig und nicht vollziehbar ist. Durch die Nachholung einer Umweltverträglichkeitsprüfung samt Öffentlichkeitsbeteiligung kann die Genehmigung nachträglich geheilt werden. Alle weiteren vom Kläger aufgeworfenen Punkte wurden abgewiesen. Das Abbaunternehmen hat vor dem Obergericht Lüneburg die Zulassung der Berufung beantragt, so dass das Urteil noch nicht bestandskräftig ist. Die Begründung liegt bislang noch nicht vor.

**Geoportal des Landkreises**

Das neue Geoportal des Landkreises ist inzwischen online. In diesem werden unter Einhaltung des Datenschutzes raumbezogene Daten aus allen Bereichen der Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern online zur Verfügung gestellt. Daten zu Bebauungsplänen und Regionalplanung lassen sich im Geoportal genauso leicht finden, wie Informationen zu Kompensationsflächen, öffentlicher Ladeinfrastruktur, Natur und Umwelt oder Windenergie. Unter anderem sind auch alle in das Verzeichnis eingetragenen gesetzlich geschützten Biotope darstellbar. **Herr Kundler** demonstriert anhand der Karten zu den gesetzlich geschützten Biotopen sowie dem Kompensationskataster die Möglichkeiten des Portals.

**Ausschussvorsitzender Hauschild** fragt nach inwieweit auch zu den in den Bauleitplanungen der Gemeinden festgelegten Kompensationsmaßnahmen ein Kataster geführt werden muss. **Herr Kundler** erläutert, dass die Gemeinden zu der Führung eines solchen Katasters verpflichtet sind, ebenso für die Kontrolle der festgelegten Maßnahmen.

**Abgeordnete Dembowski** fragt nach, ob außer den im Kataster zu sehenden Flurstücksdaten alle weiteren Informationen beim Naturschutzamt erfragt werden müssen. Dies wird von **Herrn Kundler** unter Berücksichtigung des Datenschutzes bejaht.

**Abgeordneter Körner** fragt nach inwieweit die Gemeinden sich mit ihren Kompensationskatalogen an das Geoportal des Landkreises anhängen könnten.

**Herr Kundler** antwortet, dass die technische Machbarkeit mit dem Haupt- und Personalamt besprochen werden müsste.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes „Tarmstedt“ für den Wasserverband Bremervörde**  
**Vorlage: 2021-26/0567**

---

**Herr Firmenich** stellt den Stand des Ausweisungsverfahrens für die Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Tarmstedt vor und erläutert den Hintergrund für die Neuausweisung. Das Wasserwerk habe eine neue Bewilligung mit höherer Wasserentnahmemenge bekommen. Für die Ermittlung des Einzugsgebietes sei ein neues hydrogeologisches Gutachten erstellt worden. Herr Firmenich zeigt im Geoportal die Grenzen des bisherigen Wasserschutzgebietes und stellt dann die neue Gebietskulisse vor. Er erläutert die Bedeutung der Schutzzonen, insbesondere den Unterschied zwischen Schutzzone III a und b.

**Ausschussvorsitzender Hauschild** fragt nach um wie viel sich das Gebiet zukünftig vergrößert. **Herr Firmenich** antwortet, dass es sich nur um wenige Hektar handele. **Herr Schlamminger** ergänzt, dass die veränderte Form des Zuschnitts insgesamt relevanter als die Größe ist. **Abgeordneter Trau** führt aus, dass auch Unterstedt und Westerholz bereits in stark veränderter Form und Größe neu ausgewiesen wurden. Er verstehe jedoch die Notwendigkeit.

**Abgeordnete Dembowski** möchte wissen, ob noch weitere Gebiete neu ausgewiesen werden müssen. **Herr Firmenich** führt aus, dass alle Gebiete nördlich der Autobahn überarbeitet werden müssen. Diese seien teilweise 50 Jahre alt. **Herr Schlamminger** betont, dass dies auch der Gleichbehandlung und Vergleichbarkeit diene.

**Abgeordnete Dembowski** erkundigt sich, ob es im Verfahren große Widerstände von Seiten der betroffenen Flächeneigentümer gab. **Herr Firmenich** berichtet, dass es lediglich bei einigen Flächeneigentümern einen erhöhten Gesprächsbedarf gab. Erhebliche Widerstände seien jedoch nicht aufgetreten. **Herr Schlamminger** ergänzt, dass die Modellierung nach neuesten wissenschaftlichen Standards erfolgt sei und Trinkwasser auch in der Bevölkerung als ein sehr hohes Gut wahrgenommen werde.

**Abgeordneter Sievert** erkundigt sich nach der Einwendung der Gemeinde Westertimke. **Herr Firmenich** berichtet, dass bei der Gemeinde der Eindruck entstanden sei, dass durch die Verordnung das Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau zukünftig für jedes Vorhaben im Wasserschutzgebiet ein Gutachten benötige. Dies sei jedoch ein Missverständnis und habe mit der Gemeinde geklärt werden können.

**Frau Dr. Looks** berichtet, dass es bei der Ausweisung anderer Wasserschutzgebiete Konflikte, u.a. mit neu dazu gekommenen Hofstellen gegeben habe, die jedoch am Ende alle gelöst werden konnten. **Abgeordneter Trau** bestätigt das auch für das Ausweisungsverfahren in Westerholz.

Dazu komme die Beratungsmöglichkeit für Landwirte in Wasserschutzgebieten, die die Akzeptanz fördert.

**Herr Schlamming** bestätigt diesen Eindruck und führt darüber hinaus aus, dass das Wasserschutzgebiet für was Wasserwerk Unterstedt voraussichtlich noch einmal neu ausgewiesen werden muss, da aufgrund neu hinzugekommener Wohngebiete, neuer Stallanlagen und den Folgen des Klimawandels die Entnahmemenge nach oben hin angepasst werden müsse.

**Ausschussvorsitzender Hauschild** merkt an, dass es insgesamt wenig Einwendungen aus der Landwirtschaft gegeben habe und lässt dann über die Beschlussempfehlung abstimmen.

#### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Die Abwägung zu den eingegangenen Einwendungen sowie die Verordnung zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes „Tarmstedt“ werden in der vorgelegten Fassung beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme)**  
**Vorlage: 2021-26/0578**

---

Es gibt keinerlei Anmerkungen zur Vorlage zum Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor. **Ausschussvorsitzender Hauschild** lässt daher umgehend abstimmen.

#### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Der Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Förderanträge im Bereich Arten- und Biotopschutz**  
**Vorlage: 2021-26/0575**

---

**Frau Meyer** stellt eine kurze Übersicht über die Förderanträge aus dem vergangenen Jahr vor und präsentiert herausragende Einzelbeispiele.

**Abgeordneter Imbusch** lobt die Anreize, die das Förderprogramm bietet und die konkrete Durchführung verschiedener Maßnahmen. **Abgeordneter Kullik** schließt sich dem Lob ausdrücklich an und betont, dass die Überarbeitung der Steckbriefe zu einer höheren Beteiligung an dem Förderprogramm geführt hat. Er bekräftigt zudem, dass sich die über mehrere Jahre politisch beschlossene Aufstockung bis auf heute 300.000 € durch die tollen Projekte bewährt hätte.

**Abgeordnete Dembowski** lobt ebenfalls die Maßnahmen. Aus ihrer Sicht seien sie auch dringend erforderlich, um u.a. den Biotopverbund auszubauen. Vor dem Hintergrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien sei das inzwischen noch dringlicher.

**Herr Kundler** betont, dass der diesjährige Erfolg auch an dem hervorragenden Einsatz von Frau Meyer liege. Herr Rahlfs und Herr Volk hätten dafür jedoch auch nicht die Kapazitäten gehabt, da sie mit dem Management der Kreisflächen bereits mehr als ausgelastet gewesen wären.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2024**  
**Vorlage: 2021-26/0566**

---

**Abgeordneter Kullik** fragt nach, warum in Bezug auf die Raumordnung die Ansätze für die Einnahmen stark gefallen und für die Ausgaben stark gestiegen sind. Er vermute einen Zusammenhang mit der Aufstellung des RROP für die Windkraft, denke aber, dass dann auch die Einnahmen steigen müssten. **Herr Meyer** erläutert, dass die Regionalplanung keine Einnahmen aus der Genehmigung von Windkraftanlagen oder durch die Aufstellung des RROP für die Windkraft habe. **Landrat Prietz** führt weiter aus, dass auch die Maßnahmen für den Klimaschutz sowie das Standortsuchverfahren für die Deponie der Klasse I das Budget ansteigen lassen, wobei sie vielfach durch hohe Förderungen gegenfinanziert würden. **Abgeordneter Kullik** erwidert, dass er noch einmal nachrechnen werde und dann ggf. erneut vorspreche.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **Ausschussvorsitzender Hauschild** über die Beschlussempfehlung abstimmen.

#### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2024 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Abgeordnete Dembowski** berichtet, dass sie von einem Bürger angeschrieben wurde, wie die Holzverwertung aus den Baumfällungen an Kreisstraßen aussehe. In dem Schreiben werde die Vermutung geäußert, der Landkreis lasse Bäume fällen um damit Geld zu verdienen. **Herr Schlamminger** erläutert, dass die Fällung und Verwertung grundsätzlich gemeinsam ausgeschrieben werde und sich durch die Überlassung des Holzes an die ausführenden Firmen die Kosten für die Fällung verringern würden. Die Erforderlichkeit einer Fällung werde ab einem Durchmesser von 50 cm immer durch eine Begutachtung durch einen externen Gutachter ermittelt. Ausgleichspflanzungen für die gefälltten Bäume würden in Abstimmung mit der Naturschutzbehörde möglichst an Ort und Stelle vorgenommen. Die verbleibende Kompensation werde auf externen Flächen erbracht.

**b) nichtöffentlicher Teil**

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

---

Es gibt keine Berichte und Anfragen im nichtöffentlichen Teil.

**Abgeordneter Hauschild** schließt die Sitzung um 15:35 Uhr

*gez. Hauschild*

Vorsitzender

*gez. Prietz*

Landrat

*gez. ??*

Protokollführerin